



öffentlich

Betreff:
Schuldrechtsanpassungsgesetz

Erstellungsdatum 07.06.2006

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion DIE LINKE. PDS

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.05.2006	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x
31.05.2006	Hauptausschuss		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Vor dem Hintergrund der veränderten Wirkungsbedingungen des Schuldrechtsanpassungsgesetzes ab dem 1.1.2007, wegen des Wegfalls des Investitionsschutzes für Garagen nach dem Investitionsschutzgesetz zum 31.12.2006, wird der Oberbürgermeister aufgefordert, zum Schutz von Garageneigentum auf städtischem Grund und Boden, bis Ende September 2006 Gespräche mit den Garageneignern zur Herbeiführung einvernehmlicher Regelungen zu führen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Oktobersitzung 2006 über die Ergebnisse der Gespräche zu informieren.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit Auslaufen des Schuldrechtsanpassungsgesetzes am 31.12.2006 stehen in Potsdam etwa 2.500 Garageneigentümer einer veränderten Rechtssituation gegenüber. Damit ergibt sich die Gefahr, dass sie ihre Garage auf eigene Kosten abreißen müssen oder zu drastisch erhöhten Pachtpreisen gezwungen werden können.

Dieser Situation ist in anderen Kommunen mit einem Selbstbindungsbeschluss entgegengewirkt worden.

In Potsdam hat es in der Vergangenheit Gespräche mit den beiden größten Verpächtern und dem Garagenbeirat gegeben, die z. T. zu einvernehmlichen Lösungen geführt haben. Es gibt jedoch nach wie vor Unsicherheit und offene Fragen.